

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 IV.
Telefon: Amt Norden 2503 und 2506.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 IV.
Telefon: Amt Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Zustellung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspaltsene Millimeterzeile über deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Donnerstag, den 28. November 1918

Nummer 25

Dem Frieden entgegen.

Baldiger Zusammentritt der Friedenskonferenz.

London, 27. November. (Reuter.) Die Friedenskonferenz kann eher zusammentreten als angenommen wurde, da viele Vorbereitungen beendet sind. Die englischen Friedensdelegierten und ihre Stäbe werden zwischen 450 und 500 Mann stark sein. Die Unterkünfte für sie werden binnen vierzehn Tagen vorbereitet sein. U. a. werden sich Lloyd George und Clemenceau während Clemenceaus Besuch in London über den Termin des Zusammentritts der Friedenskonferenz besprechen.

Um Wilhelm.

Paris, 28. November. (Gavas.) Echo de Paris meldet aus London: In Verantwortung von Neuzerlegungen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgehandelt habe, nicht mehr als Mitglied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Sie versichert, von dem Staatssekretär soll eine Note erhalten zu haben, welche die Abdankung mitteilt. Die holländische Regierung füge hinzu, sie überlasse den Kaiser streng, der das holländische Gebiet nicht verlassen könne.

Genf, 27. November. Professor Verthelemi veröffentlicht im „Matin“ ein Rechtsgutachten über die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers. Der Bericht ist der Ansicht, daß der Kaiser von der holländischen Regierung ausgeliefert werden dürfte wegen gemeinsamer Verbrechen gegen das Völkerrecht. Die Verbrechen, die er seinen Truppen anbefohlen habe, die ihn zum Urheber der Kriegsgreuel machen, tragen keinen politischen Charakter. Der ehemalige deutsche Kaiser sei als gemeiner Verbrecher zu behandeln.

Eine Wsjahr des „Vorwärts“.

London, 27. November. Zu dem Artikel des „Vorwärts“ über die Verantwortung des Exekutivkomitees für den Frieden schreibt die „Westminster Gazette“: Es ist leicht für den „Vorwärts“, den Kaiser jetzt, wo man es ungemein leicht tun kann, als Lügner zu brandmarken. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß diplomatische Dokumente schon bei Ausbruch des Kriegs die Schuld Deutschlands so klar, wie es nur irgend sein konnte, feststellten. Einige Einzelheiten sind neu. Aber im großen und ganzen ist dem nichts hinzugefügt, was wir nicht schon längst langem wissen. Von Anfang an war jedem der Zukunft kommenklar, dem deutschen Volke wie uns, und es ist nutzlos, zu behaupten, daß die ganze Nation irreführt wurde. Das deutsche Volk begrüßte den Krieg, solange es den Sieg glaubte. Es unterstützte die Militärpartei auf dem Weg, und es ist nutzlos, zu behaupten, daß durch die Enttäuschungen Bayerns seine Augen erst geöffnet wurden.

Immer wieder Sol!

Wien, 27. November. In der Note des Staatssekretärs Sol vom 28. November ist folgender Satz enthalten: Die deutsche Regierung muß den von dem Präsidenten aufgestellten Grundrissen gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Elsoy-Votierungen getroffenen Rahmregeln ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes sind als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Wien erklärt dazu: Soweit es sich um die östlichen Grenzgebiete

Deutschlands handelt, stellen wir fest, daß die Behauptung des Staatssekretärs über das Vorhandensein von Verbrechen, die den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorgreifen werden, jeder Grundlage entbehrt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat wiederholt erklärt, daß die unruhigende Gerüchte über die Verhältnisse in der Provinz Posen und über gewaltsame Untrennungsbestrebungen von unverantwortlichen Elementen verbreitet werden. Wir verwahren uns auf das schärfste dagegen, daß in einer amtlichen Note derartige haltlose und mehrfach widerlegte Behauptungen vorgebracht werden.

Neue Zustände.

Es besteht wohl kein Zweifel, daß der rückständigste Verwaltungsapparat augenblicklich im Kriegsministerium sitzt. Das aber auch nicht ein Hauch von dem reinigenden Sturm der Revolution in diese Räume einströmen ist, beweist die am 27. November veröffentlichte Kriegsteuerungszulage für Beamte und Offiziere. Das für den Dienstgebrauch benutzte Mitteilungsblatt des Kriegsministeriums erklärt, daß die Offiziere berechtigt sind, eine Kriegsteuerungszulage (für einen Major von 900 bis 1200 M., für einen Hauptmann von 300 bis 800 M. usw.) zu empfangen.

Die letzte Zulage ist Anfang September in derselben Höhe ausbezahlt worden. Geschieht nun die neue Auszahlung im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat? Es ist unbegreiflich, daß etwas derartiges überhaupt noch möglich ist. Unsere Kameraden, die mittellos aus dem Felde heimkehren, haben während des Krieges Gut und Blut verloren. Braucht man etwa, die Gelder des abgewirtschafteten militärischen Systems noch kurz vor Lorenzschluß in die Hände der Offiziere bringen zu müssen? Es ist höchste Zeit, daß auch im Kriegsministerium über sämtliche Abteilungen eine besondere Kontrolle geübt wird. Sache des Vollzugsrates ist es, hier Remedur zu schaffen.

Sühne für Mißhandlungen von Kriegsgefangenen.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Anlagen wegen völkerverleumdender Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland beschlossen. Als Kommissionsmitglieder sind in Aussicht genommen die Herren: Staatssekretär a. D. Trimborn, die Staatssekretäre: Bernstein (Reichsfinanzamt), Dr. Cohn (Reichsjustizamt), der völkerverleumdende Gesandte Hildenbrand, die Herren: Prinz Schönaich-Carolath, Geheimrat Dove, Professor Schäding-Warburg (als Vorsitzender), Wirtschaftsgenerationstrat Ehardt als Vertreter des Kulturbüros, Oberst von Fransecky als Vertreter des Kriegsministeriums, Kapitän zur See Banjelow als Vertreter des Reichsmarineamts.

Die Ausnahmehilf der Persönlichkeiten beweist, welche außerordentliche Bedeutung die Reichsleitung dieser Frage beimißt. Die Kommission erhält das Recht, zur Vermeidung von Brüchen die Gerichte in Anspruch zu nehmen und die Schuldigen ohne Ansehen der Person, vorbehaltlich etwaiger strafrechtlicher Verfolgung, ohne Pension aus dem Deere auszulohnen. Die Kommission wird ihre Arbeit schon in den nächsten Tagen aufnehmen.

Verletzung der Genossin Balabanow.

Moskau, 25. November (Hofst). Gestern traf der Zug mit dem Personal der Berliner russischen Postkassette, des Telegraphenbureaus Moska, des Konsulats und des Kriegsgefangenenbureaus hier ein. Mit gleichem Zuge langte auch die Berner russische Postkassette an, unter denen sich die Genossin Verin und Balabanowa befinden. Die aus der Schweiz eintreffenden Genossen wurden beim Ueberqueren der schweizerischen Grenze von der Grenzüberwachung überfallen. Die Genossin Balabanowa ist schwer verletzt.

Proletarische Pflichten.

Gen. Warth hat in der Versammlung der Arbeiterräte eine mutige, von Verantwortungsbewußt getragene und von sittlichem Ernst erfüllte Rede gehalten. Sie unterstreicht sich sehr zu ihrem Vorteil von der Leichtfertigen, auf primitive Instinkte berechneten Art, in der von manchen Seiten die Arbeiter zu Arbeitseinstellungen und immer erhöhten Forderungen angezogen werden. Freilich ist diese Art bequemer und des Beifalls vielleicht sicherer. Wenn es aber wirklich um den Sozialismus zu tun ist, der muß wie Warth den Mut haben, auch dann die Wahrheit zu sagen, wenn sie amüßlich vielleicht auf Widerspruch stößt und populären Stimmungen, die nur allzu bereitwillig sind, keine Rechnung trägt.

In der Tat, nichts Begreiflicher, als die Ungeheuerlichkeit des Proletariats, das ganze Elend, in das es so lange gebannt war, nun mit einem Schlag zu befeitigen, sofort zur politischen auch die ökonomische Gleichheit zu erringen. Und auch wir wünschen nichts schärfer, als der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu machen und die Verfassung über den Mehrwert denen zu geben, die ihn erzeugt haben: freilich nicht den einzelnen, aber der Gesellschaft aller produktiven Arbeiter.

Aber um sozialisieren zu können, muß die Produktion in Gang gebracht, muß sie gesteigert und möglichst intensiv gestaltet werden. Und daran müssen — es handelt sich um ökonomischen Zwang, der unwiderstehlich ist, wie sonst immer die Politik gestellt sein möge — bestimmte ökonomische Bedingungen erfüllt sein. Das wir vor allem brauchen, sind Rohstoffe für unsere Industrien. Diese Rohstoffe können wir nicht anders bekommen, als indem wir sie bezahlen, und zahlen können wir nur mit Ware. Wir brauchen also Wiederbelebung des Exporthandels, der Einfuhr wie der Ausfuhr. Die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen ist aber außerordentlich schwierig. Neutrale, englische, amerikanische Kapitalisten haben während des Krieges einen Teil des früher von Deutschland versorgten Weltmarktes erobert; die deutschen Exporteure haben zudem mit der feindseligen Haltung der Völker und der Neutrierung zu rechnen. Trotzdem ist es für die deutsche Wirtschaft eine Lebensfrage, in möglichst großem Umfang zu exportieren, denn davon hängt die Versorgung mit Lebensmitteln, mit Kraftstoff, mit Baumwolle und Kupfer ab, ohne die wir nicht existieren können. Und existieren müssen wir doch wohl, um sozialisieren zu können.

Wir brauchen also den Export und damit kleinste Aufnahme und Steigerung der Produktion in den Exportindustrien. Wir brauchen das nicht nur zur Bezahlung der Einfuhr, sondern auch um Arbeitslosigkeit zu schaffen. Sind es ja gerade diese Industriezweige der Fertigerwaren, die vielfach ein großes Arbeitsvermögen haben, das heißt im Verhältnis zu ihrem Kapital viel mehr Arbeiter beschäftigen als die schweren Industrien. Es ist aber ganz unmöglich, den Exporthandel etwa sofort zu übernehmen und zu vergesellschaften. Dazu ist er zu zerklüftet, dazu sind die Handelsbeziehungen zu kompliziert. Ihre Einzelheiten sind Geschäftsgeheimnisse der Industriellen und Kaufleute. Hier müssen wir zunächst von anderen als sozialpolitischen Maßnahmen absehen.

Wir dürfen uns also nicht darüber täuschen, daß wir hier den Kapitalisten die Fortführung der Unternehmungen überlassen, ja ihre Widerstände überwinden müssen. Das bedeutet aber zugleich, daß wir in solchen Zweigen zunächst den Profit nicht vollständig beseitigen können. Das heißt freilich nicht, daß der Profit unangefastet bleibt. Die Profitrate sinkt, weil die Löhne steigen, die Arbeitszeit verkürzt wird. Sodann aber, weil ja die Steuererhebung der sozialistischen Republik — das gilt, für alle Kapitalisten — die Einnahmen durch Vermögensabgabe und Besteuerung aus dem arbeitslosen Einkommen aufbringen wird. Dadurch wird in, was zunächst kapitalistischer Profit bleibt, wieder der Allgemeinheit, der sozialistischen Gesellschaft zurückgegeben.

